

Strategie Stromnetze

Vernehmlassungsvorlage

Fragenkatalog

Antwortende Organisation:

Konferenz der Beauftragten für Natur- und Landschaftsschutz (KBNL), Geschäftsstelle c/o ARNAL AG,
Kasernenstr. 37, 9100 Herisau

Herisau, 9. März 2015

Inhalt

Szenariorahmen	2
Bedarfsermittlung	2
Nationales Interesse	5
Räumliche Koordination	5
Bewilligung Projekte	7
Überprüfung Kosteneffizienz	8
Öffentlichkeitsarbeit	10
Geodaten	10

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

Art. 9a Abs. 1 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Es ist richtig, wenn im allgemeinen das N-O-V-A-Prinzip angewendet wird; Ausnahmen sind angezeigt, wenn bereits Grenzwerte erreicht sind. Dadurch lassen sich weitere Beeinträchtigungen von Raum und Umwelt auf vorbelastete Standorte konzentrieren.

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

Art. 9c StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

Art. 9e Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?
Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Diesen Vorschlag müssen wir mit Vehemenz ablehnen!

Das nationale Interesse für Anlagen des Übertragungsnetzes soll eingeführt werden, damit die Verfahren beschleunigt werden können und dies insbesondere im Hinblick auf Konflikte mit dem Natur- und Landschaftsschutz. Während mit der heutigen Regelung die Anliegen des Natur- und Landschaftsschutzes höher eingestuft werden, wäre das Ziel einer nationalen Bedeutung der Anlagen des Übertragungsnetzes und somit Beschleunigung der Verfahren die Möglichkeit einer Unterordnung der Natur- und Landschaftsinteressen. Eine solche Verfahrensbeschleunigung zu Lasten von Natur und Landschaft lehnen wir ab.

Gemäss Art. 15d Abs. 3 soll aber nicht nur Anlagen des Übertragungsnetzes nationale Bedeutung zukommen, sondern auch Anschlussleitungen von Energieproduktionsanlagen gemäss Art. 14 (neu) des Energiegesetzes. Da diese Produktionsanlagen im Raum dezentral weit verteilt sind, steigt die Wahrscheinlichkeit von Beeinträchtigungen national bedeutender Inventarobjekte gemäss NHG.

Mit der nationalen Bedeutung gemäss Art. 15d Elektrizitätsgesetz werden nicht nur die Inventarobjekte gemäss Art. 5 NHG konkurrenziert. Es ist nicht auszuschliessen, dass die Bewilligungsbehörden und die Rechtssprechung aufgrund der Formulierungen im Gesetzestext und im Erläuterungsbericht auch Inventarobjekte gemäss Art. 18a NHG dem Prozess der Interessenabwägung unterwerfen. Im Gesetzestext heisst es, dass das nationale Interesse der Anlagen insbesondere demjenigen nach Art. 6 Abs. 2 NHG entspricht.

Insbesondere ist nicht abschliessend und kann auf Art. 18a NHG (Biotope von nationaler Bedeutung) ausgeweitet werden. Gleiches Ansinnen ist im Erläuterungsbericht zu finden. Da ist zu Art. 15d Abs. 2 zu lesen: ... Hierbei ist vor allem an nationale Interessen im Umwelt- und Kulturbereich zu denken (z.B. Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN)76, Bundesinventar

Antrag: Streichung von Art. 15d! Eine derart weitreichende Schmälerung der Inventarobjekte nationaler Bedeutung kann nicht toleriert werden. Zudem bestehen aufgrund der Technik und der Ausnahmeregelungen genügend Möglichkeiten für die Realisierung eines Übertragungsnetzes.

Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

Art. 15e EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPeA)

Art. 15e – 15 j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☐ notwendig ☐ nicht notwendig ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die Baulinien sollen jedoch nicht absoluten Charakter haben. Insbesondere sollen ökologische Aufwertungsmassnahmen, welche den Aus- oder Umbau von Leitungen nicht beeinträchtigen, möglich sein.

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

Art. 17a EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ zielführend ☐ nicht zielführend ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

Art. 15b Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt ?

Art. 15c EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir beurteilen den Mehrkostenfaktor als geeignete und effiziente Massnahme, da dadurch die Diskussionen über die Erdverlegung der Leitungen eingeschränkt werden können. Diese Massnahme kann somit der Verfahrensbeschleunigung dienen.

Die Einführung des Grundsatzes, dass eine Leitung des Verteilnetzes, die neu erstellt, ersetzt, erneuert oder ausgebaut wird, als Erdkabel auszuführen ist, begrüssen wir ebenfalls. Auch dadurch können die Verfahren beschleunigt werden.

Wir schlagen zusätzlich vor, die Diskussion um den Mehrkostenfaktor auch auf die Möglichkeit neuer Freileitungsvarianten („Umfahrung“ heikler Gebiete) auszudehnen. Damit könnten allenfalls bestehende Problemfälle entschärft werden, welche mittels Erdverlegung (zu hohe Kosten, technisch nicht realisierbar,...) nicht gelöst werden können.

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

Art. 15c Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wenn ein wesentlicher Vorteil des Mehrkostenfaktors – Beschleunigung der Verfahren – Bestand haben soll, braucht es eine Obergrenze (mit Ausnahmemöglichkeit siehe Antwort 21). Der Faktor soll jedoch höher angesetzt werden, damit tatsächlich ein Trend hin zur Erdverlegung von Leitungen stattfindet. Ob der Mehrkostenfaktor zwingend im Gesetz festgelegt werden muss, kann diskutiert werden. Wir könnten uns auch vorstellen, dass diese Grenze vom Bundesrat festgelegt wird.

Die Kriterienliste kann nicht beurteilt werden, da die einzelnen Kriterien komplex sind und die Liste gemäss Erläuterungsbericht nicht abschliessend ist. Wir stellen daher folgenden

Antrag: Die Kriterien zur Festlegung des Mehrkostenfaktors müssen derart ausgestaltet sein, dass die Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante eine realistische

Möglichkeit darstellen.

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir können die Ausnahmeregelung unterstützen, da im Erläuterungsbericht zu Art. 15c Abs. 3 insbesondere auch Ausnahmemöglichkeiten zu Gunsten der Umwelt, namentlich Schutzgebiete, erwähnt sind.

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?

(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

Statt der Einführung eines nationalen Interesses für Anlagen des Übertragungsnetzes ist die nationale Bedeutung der inventarisierten Biotope und Landschaften schon zu Beginn der Projektierung zu akzeptieren. Dadurch können einerseits langwierige Grundsatzdiskussionen vermieden werden, andererseits steht Zeit für die Diskussion berechtigter Ausnahmen zur Verfügung.

Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

Art. 15 Abs. 3 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☐ zielführend ☐ nicht zielführend ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

Art. 9f StromVG

Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

☐ zielführend ☐ nicht zielführend ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: